

Hexenwahn – kein Problem von gestern

Heute noch werden in mindestens 36 Ländern, meist in Afrika und Südostasien, aber auch in Südamerika, unschuldige Menschen als vermeintliche Hexen beschuldigt, verfolgt, gefoltert und ermordet. Es wird angenommen, dass in den letzten 60 Jahren weltweit mehr vermeintliche Hexen getötet wurden als in 350 Jahren europäischer Hexenverfolgung - allein 40.000 in Tansania zwischen 1960 und 2000. MISSIO hat den 10. August 2020 als ersten „Internationalen Tag gegen den Hexenwahn“ ausgerufen. Es ist ein Hilfeschrei im Kampf für die Menschenrechte, gegen Gewalt und Machtmissbrauch. 14. August 2020

Ghana: Profit im Corona-Chaos

Eine Undercover - Untersuchung von BBC "Africa Eye" in einem renommierten Krankenhaus in Accra zeigte, dass einige Mitarbeiter lebenswichtige Schutzausrüstung privat verkauft und das Geld eingesteckt haben. So brachten sie engagiertes medizinisches Personal in Gefahr. Mindestens 2000 Ärzte und Pfleger wurden infiziert, weil es an Anzügen und Masken fehlte. Auch wurden Quacksalber aufgespürt, die unzählige Flaschen gefälschte Medizin als „Covid Cure“ verkauften. Wie viele Menschen sie mit ihrem Gebräu in Gefahr brachten, ist nicht bekannt. 13.08.2020

Mali: Sicherheitskräfte feuern Tränengas

Bei schlechten Wetterverhältnissen gehen die Proteste der Opposition gegen Keita weiter. Am Montag hat der Präsident, seit 2013 an der Macht, 9 neue Richter vor dem Verfassungsgericht vereidigt, was Teil eines Vorschlags der 15-köpfigen ECOWAS zur Beilegung des Streits ist. "Es ist kein gutes Wetter für die Korrupten! Es ist kein gutes Wetter für die Inkompetenten! Es ist kein gutes Wetter für die Totengräber! Und es ist kein gutes Wetter für IBK und sein Regime", sagte Adama Ben Diarra, einer der Protestführer. Seit dem Tuaregaufstand 2012 ist das Land instabil. Die Präsenz Tausender ausländischer Truppen hat es nicht geschafft, die Gewalt einzudämmen. Im Mai hat die Bundesregierung ihr Mandat für die Bundeswehr, im Rahmen der EU-Trainingsmission zur Ausbildung malischer Streitkräfte (EUTM-Mali), bis 31. Mai 2021 verlängert. Die Unsicherheit des Landes weitete sich auf die Nachbarländer Burkina Faso und Niger aus und erhöht den Konflikt zwischen den ethnischen Gruppen. 13.08.2020

Namibia: Unerledigte Vergangenheit

Namibias Präsident Hage Geingob hat das deutsche Angebot, 10 Mill. Euro an Namibia zu zahlen und eine vorbehaltlose Entschuldigung auszusprechen, abgelehnt. Die Höhe der Wiedergutmachung sowie deren Bezeichnung ist strittig. Namibia besteht darauf dem Begriff Reparationen; dies lehnt die Bundesregierung ab. Die Verhandlungen sind seit 2015 im Gange. Von 1884 bis 1915 war Namibia (Deutsch-Südwestafrika) eine deutsche Kolonie. Unter Generalleutnant Lothar von Trotha wurden zwischen 1904 und 1908 Zehntausende Herero und Nama ermordet. 13.08.2020

Mosambik: Hafen von IS beschlagnahmt

Islamistische Aufständische haben den Hafen der Stadt Mocimboa da Praia eingenommen, nachdem

den mosambikanischen Seestreitkräften nach tagelangen Kämpfen die Munition ausging. Der wichtige Hafen wird für Frachtlieferungen an die etwa 60 km entfernten Ölprojekte genutzt, die von Ölgiganten wie Total erschlossen werden. Wird der Hafen nicht zurückerobert, ist es eine große Bedrohung für Mosambik und die internationalen Pläne zur Erschließung riesiger Offshore-Gasfelder. Die Islamistischen Angriffe begannen 2017 in der nördlichen Provinz Cabo Delgado, eskalierten aber in diesem Jahr, nachdem die verantwortliche Gruppe, Ahlu Sunnah Wa-Jama, dem IS Treue geschworen hatte. In den letzten Monaten wurde eine Reihe von Städten im Norden eingenommen und Zehntausende von Menschen vertrieben. Tansania erklärte, dass es eine Offensive gegen die Dschihadisten in Wäldern an der Grenze zu Mosambik startet. 13.08.2020

Nigeria: Blasphemiegesetz angewandt

Das Gericht von Kano Upper Shari'a, Nordnigeria, verurteilte den 22-jährigen Musiker Yahaya, wegen Blasphemie gegen den Propheten Muhammad, zum Tod durch Erhängen. Er wurde für schuldig befunden, in einem seiner Lieder, die über WhatsApp verbreitet wurden, abfällige Ausdrücke gegen den Propheten Mohammed verwendet zu haben. Auch wurde ein Umar Farouq aus dem Sharada-Viertel der Metropole Kano zu 10 Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt, weil er in einer öffentlichen Auseinandersetzung abfällige Aussagen über den allmächtigen Allah gemacht hatte. Seine Jugend bewahrte ihn vor einer härteren Strafe. Beide Verurteilten haben 30 Tage Zeit, um gegen das Urteil Berufung einzulegen. Das islamische Recht läuft parallel zum staatlichen und föderalen Justizsystem in Kano. 11.08.2020

Libyen: Nach Explosion entlassen und gestrandet

Nach der gewaltigen Explosion, die ihre Häuser zerstörte, haben libanesische Arbeitgeber ihre afrikanischen Dienstmädchen entlassen. Den Dienstmädchen fehlt das Geld in ihre Heimatländer zurückzureisen. Viele afrikanische Frauen im Libanon und in anderen Ländern des Nahen Ostens, arbeiten unter dem Kefala-System: ihr Einwanderungsstatus ist an ihre Erwerbstätigkeit gebunden. Dieses System macht die Arbeitnehmerinnen anfällig für Missbrauch durch ihre Arbeitgeber. 10.08.2020

Südafrika: SAP soll Geld zurückgeben

Südafrikanische Ermittler versuchen, von der SAP 23 Mill. Dollar einzufordern, angeblich für unrechtmäßig abgeschlossene Regierungsverträge. SAP erklärte, "SAP arbeitet weiterhin mit den südafrikanischen Behörden zusammen und bleibt den höchsten Standards der Geschäftsethik verpflichtet". 2018 gab SAP zu, mit dem Energieversorger Eskom und Logistikunternehmen Transnet, mehr als 9 Mill. Dollar an Vermittlerfirmen gezahlt zu haben. Die Zahlungen sollen mit den Guptas, enge Freunde des ehemaligen Präsidenten Zuma, in Verbindung stehen. 10.08.2020

Weitere Nachrichten:

[Libyen: Endloser Konflikt](#)

[Mauritius: „Umweltnotstand“ ausgerufen](#)